

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 30 (1938)

Heft: 12: Mitteleuropa und die Schweiz

Rubrik: Arbeiterbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gesetzlichen Ferienregelung in den einzelnen Ländern sowie den Text der Genfer Konvention über die bezahlten Ferien vom Jahre 1936 (die einstweilen nur von Mexiko ratifiziert worden ist).

Dank diesen detaillierten Angaben stellt die Enquete ein sachlich reichhaltiges Nachschlagewerk dar für alle Gewerkschaftsfunktionäre, die sich bei der Aufstellung von Tarifverträgen praktisch mit der Ferienfrage zu beschäftigen haben.

Aus der ganzen Untersuchung geht hervor, dass es den Lebensmittelarbeitern im allgemeinen gelungen ist, sich sehr gute, zum Teil ausgezeichnete Ferienregelungen zu sichern. Woher kommt das? Zwei Hauptgründe können als Erklärung angeführt werden.

Einmal bezieht sich die Enquete vorwiegend auf die der I. U. L. angeschlossenen, also auf gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die schon durch diese Tatsache gegenüber der übrigen Arbeiterschaft einen grossen Vorsprung haben. Dass die ausserhalb der Gewerkschaftsorganisation stehenden Arbeiter viel schlechtere Arbeitsbedingungen, also auch ungünstigere Ferienbedingungen, in Kauf nehmen müssen, gilt nicht nur für die Lebensmittelindustrie, sondern auch für alle andern Berufszweige.

Der zweite Hauptgrund, warum es gerade den Lebensmittelarbeitern gelungen ist, stellenweise so besonders günstige Ferienregelungen durchzusetzen, ist ein historischer. Einige Lebensmittelarbeitergruppen, darunter Bäcker, Brauer, Küfer, die mit zu den Pionieren der Gewerkschaftsbewegung überhaupt gehören, besitzen sehr alte und einflussreiche Organisationen, die schon verhältnismässig früh gute Arbeitsbedingungen erkämpft und sie im Laufe der Jahre noch verbessert haben.

Dr. K. B.

Arbeiterbewegung.

Ausschußsitzung des I. G. B.

In der Zeit vom 9./10. November tagte in Paris unter dem Vorsitze von Kollegen Jouhaux eine ausserordentliche Ausschußsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Vertreten waren 10 Landeszentralen, und zwar: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Niederlande, Norwegen, Spanien, Schweden und Schweiz. Ausserdem waren 13 internationale Berufssekretariate vertreten, und zwar: Bau- und Holzarbeiter, Beamte und öffentliche Dienste, Bekleidungsarbeiter, Bergarbeiter, Buchdrucker, Fabrikarbeiter, Hutarbeiter, Lehrer, Lebensmittelarbeiter, Maler, Metallarbeiter, Privatangestellte und Steinarbeiter.

Bei Eröffnung der Sitzung gedachte Kollege Jouhaux des Hinschiedes von Kollegen E. De Vlaemyck, dem langjährigen Kassier des Belgischen Gewerkschaftsbundes. Kollege De Vlaemyck war von Beruf Möbeltischler. Im Jahre 1908 wurde er zum besoldeten Sekretär des Holzarbeiterverbandes ernannt, und im Jahre 1921 wurde er als Sekretär in den Belgischen Gewerkschaftsbund berufen, wo er sich hauptsächlich mit Verwaltungsarbeit sowie mit Fragen der Arbeitslosigkeit und der Arbeiterbildung befasste. De Vlaemyck war ein ausserordentlich gewissenhafter und weit über die Grenzen seines Landes hinaus allgemein beliebter Kollege. Ein schleichendes Leiden machte seinem Leben im 59. Altersjahr vorzeitig ein Ende. Die Mitglieder des Ausschusses ehrten den Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Kollege Schevenels, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, verbreitete sich in seinem ausführlichen Bericht über die politische

Entwicklung in jüngster Zeit und vor allem über die Preisgabe der Tschechoslowakei durch die Kapitulation der bestehenden Demokratien vor dem Diktate Hitlers. Unmittelbar nach dem Münchner Abkommen durch die Viermächtekonferenz ordnete der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine Delegation, bestehend aus den Kollegen Jouhaux, Hicks und Schevenels ab, um an Ort und Stelle den Vorgängen in der Tschechoslowakei die grösste Aufmerksamkeit zu schenken. Diese Massnahme wurde vor allem in Arbeiterkreisen wohltuend empfunden. Der nachfolgende Appell des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die Solidarität der ihm angeschlossenen Landeszentralen und internationalen Berufssekretariate fand einen guten Widerhall. Verschiedene Länder wie England, Schweden, Norwegen und Finnland erklärten sich auf Grund der Berichte dieser Delegation bereit, eine wenn auch beschränkte Anzahl von Flüchtlingen aus den sudetendeutschen Gebieten aufzunehmen und ihnen eine neue Heimat zu geben. Verschiedene Gewerkschaftsorganisationen stellten dem Internationalen Gewerkschaftsbund namhafte Beiträge zur finanziellen Unterstützung der bedauernswerten Opfer des jüngsten Vorstosses des Faschismus zur Verfügung. Diese Gelder reichen allerdings bei weitem nicht aus, um das namenlose Elend, das durch die Rachelust der Henleinpartei und der Nazi verursacht wurde, aus der Welt zu schaffen und die grossen Kosten der Auswanderung zu decken, so dass die Solidaritätsaktion von allen Ländern tatkräftig weitergeführt werden muss.

Ueber die Lage in Spanien, dem zweiten Punkt der Tagesordnung, referierte Kollege Jouhaux. Er wies an erster Stelle auf die täglich wachsende Gefahr hin, dass infolge der Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung und der dadurch entstehenden und immer weiter um sich greifenden Hungersnot die spanische Republik immer mehr bedroht wird. Die erneuten Angriffe auf Handelsschiffe, die Franco sogar in der Nordsee ungehindert durchgeführt hat, zeigen am besten die Zuspitzung der Lage der spanischen Regierung in den letzten Wochen. Eine weitere Gefahr besteht darin, dass die Regierung Franco von einer wachsenden Zahl von Regierungen der europäischen Länder anerkannt wird, so dass befürchtet werden muss, dass Spanien ein ähnliches Schicksal bereitet wird wie der Tschechoslowakei. Die Bemühungen Francos tendieren dahin, das Recht des Kriegführenden zu erhalten, was zur Folge hätte, dass durch die Blockade der Küste der spanischen Republik die Lebensmittelversorgung auf dem Seewege vollständig unterbunden würde. Diese Gefahren fordern von den Gewerkschaften eine erneute Aktivität und neue Kraftanstrengungen der internationalen Arbeiterbewegung.

Nach den Ausführungen von Kollegen Jouhaux schilderte Kollege Vega als Vertreter des Spanischen Gewerkschaftsbundes die gegenwärtige Situation in Spanien. Nach längerer Diskussion wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

« Der am 9. und 10. November 1938 in Paris tagende Ausschuss des I. G. B. ist im Hinblick auf die Ereignisse der letzten Wochen stark betroffen über die Lage des republikanischen und demokratischen Spanien sowie über das Versagen der grossen und kleinen demokratischen Staaten gegenüber den faschistischen Staaten, die die Kapitulation der Tschechoslowakei herbeigeführt haben.

Der Ausschuss befürchtet mit Recht, dass die gleichen demokratischen Nationen dazu gebracht werden, Spanien wie die Tschechoslowakei zu behandeln, indem sie auf der verhängnisvollen abschüssigen Bahn fortgesetzter Konzessionen in der trügerischen Hoffnung weitergehen, in egoistischer Weise ihren Frieden, ihre Freiheit und ihre Unabhängigkeit retten zu können.

Der Ausschuss richtet einen dringenden Appell an alle Kräfte der Welt, die auf seiten der Freiheit, der Demokratie und des Friedens stehen, um ihr Gewissen wachzurütteln und zu verhindern, dass Spanien, das ein so bewun-

dernswertes Beispiel der Hingabe für die Sache der Menschheit gibt, auf dem Altar nationaler egoistischer und imperialistischer Interessen der Grossmächte geopfert wird.

Die öffentliche Meinung aller freigebliebenen Völker soll sich mit grösster Energie gegen jeden Versuch wenden, dem spanischen Volk von aussen her eine Gewaltlösung aufzuzwingen.

Keine Unterwerfung unter den Willen der faschistischen Staaten!

Keine Lösung des spanischen Konfliktes ohne und gegen das spanische Volk!

Keine Kriegführendenrechte an Franco!

Hingegen Herstellung des internationalen Rechtes zugunsten der spanischen Republik und Beendigung der sogenannten Nichtinterventionspolitik!

Rückziehung der technischen Hilfskräfte und der sogenannten italienischen und deutschen Freiwilligen. Ueberdies ist es nötig, dass wirksame und sofortige Massnahmen ergriffen werden, um die Ernährung der spanischen Zivilbevölkerung zu sichern.

Das spanische Volk, das den besser bewaffneten und gepflegten faschistischen Kräften heroischen und siegreichen Widerstand leistet, soll nicht durch die Hungersnot der Niederlage ausgeliefert werden.

Der Ausschuss des I. G. B. richtet einen dringenden Appell an alle Arbeiterorganisationen der Welt und fordert sie auf, in der oben angegebenen Weise und auf allen Gebieten ihre Solidaritätsaktion für das spanische Volk zu verstärken. »

Zu der Frage der Intensivierung der Friedenskampagne erstattete der Vertreter des Niederländischen Gewerkschaftsbundes, De la Bella, einen Bericht, in dem er die Notwendigkeit unterstrich, dass der Internationale Gewerkschaftsbund aktiver als bisher für den Frieden eintreten müsse. Der Ausschuss stimmte nachstehender Resolution zu:

Der Ausschuss des I. G. B. beantragt den Vorstand, alles zu tun, um auf der Grundlage eines kurzen Aktionsprogramms eine einheitliche Stellungnahme auf dem Gebiet der internationalen Politik herbeizuführen, besonders im Hinblick auf eine wirkliche Sicherung des Weltfriedens und die Verständigung der Völker auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, u. a. durch Abhaltung einer internationalen Konferenz, an der alle Staaten vertreten sein sollen. »

Zum letzten Punkt der Tagesordnung warf Kollege Van der Lende die Frage der Schaffung eines Fonds zugunsten der Unterstützung der Emigranten auf. Die Vertreter von Grossbritannien, Schweiz und Belgien erstatteten ausführlichen Bericht über die Emigrantenfrage in ihren Ländern. Der Ausschuss beschloss, die Frage der Schaffung eines Emigrantenfonds dem Vorstand zur weiteren Prüfung zu überweisen. M. Meister.

Wirtschaft.

Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen.

Wir entnehmen der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» einige Angaben über Entstehung und Tätigkeit des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeberorganisationen, der kürzlich das 30jährige Bestehen feiern konnte.

Längst vor der Gründung des zentralen Arbeitgeberverbandes existierten in verschiedenen Branchen wirtschaftliche Verbände. Das Bedürfnis nach einem engen Zusammenschluss der Arbeitgeber ist dagegen erst verhältnismässig spät, das heisst um die Jahrhundertwende, entstanden. Die Arbeitskonflikte der Jahre 1904 und 1905 haben die Interessenverbände in Industrie